

... 17
 ... 17, 19, 20, 24, 28
 ... 18
 ... 20
 Interview mit Gudrun Gut 22
 Boote mieten 24
 Die schönsten Adressen am Ufer 26
 Wasser als wichtigstes Lebensmittel ... 30
 Wunderliche Dinge mit Wasser 34
 Wassersport für Kinder 39



Vom Wasser aus hat man eine ganz andere Sicht auf Berlin

Alles über Wasser

Eine Annäherung an die wasserreichste Stadt Europas, ihre Bewohner und die naheliegende Versuchung, Berlin einmal aus einer anderen Perspektive kennen zu lernen

Klar, Wasser braucht jeder: zum Leben, zum Baden und zum Zähneputzen; Fische lieben sich im Wasser, Strandbars servieren Drinks am Wasser und Verliebte paddeln übers Wasser. Vom Wasser aus eröffnet sich auch eine ganz neue Perspektive auf die Dinge, auf die ganze Schönheit und den ganzen Wahnsinn von

Berlin, der Wassermetropole, die mehr Brücken hat als Venedig (916 zu 410). Wir haben mit Künstlern geredet, die sich vom Wasser inspirieren lassen, haben die Verantwortlichen gefragt, warum in Berlin der Kubikmeter Wasser 5,10 Euro und in München nur 3,21 Euro kostet, und wir haben Menschen getroffen, waschechte Berliner, die Hitzköpfe am Beckenrand ruhig stel-

len, dicke Pöste steuern oder einfach nur schuffen, damit ihnen das Wasser nicht bis zum Hals steht. Um das viele Wasser in Berlin auch so richtig genießen zu können, haben wir natürlich auch die schönsten Restaurants und Bars am Wasser gesucht und die besten Adressen, um ein Boot zu mieten. Wasser ist für alle da, auch für Landratten. In diesem Sinne: Leinen los!

Warum ist das Berliner Wasser so teuer?

Ein Kubikmeter Berliner Leitungswasser kostet fünf Euro, zwei Euro mehr als in München. Wie private Unternehmen ihr Geschäft mit dem Wasser machen und warum der Widerstand dagegen wächst Text: Falke Müller

Am Anfang war das Haushaltsloch: Dass die große Koalition aus CDU und SPD 1999 hastig beschloss, die Wasserwerke in Teilen zu privatisieren, war vor allem dem Geldmangel geschuldet. Berlin war eine der ersten deutschen Städte, die ihre Wasserversorgung teilprivatisierten. Die Hauptstadt war ein Vorreiter, aber ein sehr eiliger Vorreiter. Die damalige Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing (SPD), die auch gleich Gasag und Bewag verkaufte, wollte möglichst schnell privatisieren. Wer aber unter Druck verhandelt, das weiß jedes Milchmädchen bis auf Fugmann-Heesing, macht meist ein schlechtes Geschäft. So hat sich Berlin eine große Hypothek ans Bein gebunden, und einen relativ naiven Deal geschlossen. 49,9 Prozent der Wasserbetriebe wurden damals an die privaten Unternehmen RWE und Veolia verkauft. Das Geld für die größten Wasserwerke Deutschlands, 1,7 Milliarden Euro, gab es damals zwar direkt. Aber wo sonst das Privatisieren den staatlichen Finanzsäcken wirtschaftliche Risiken – zum Beispiel durch einen nicht vorhersehbaren Wasserverbrauch oder Investitionsbedarf – nimmt und den Privaten aufbürdet, ist es hier genau andersherum: Die Privaten bekommen, je nachdem wie die Tarife kalkuliert werden, eine Rendite, das Land muss nachschießen, wenn zu wenig Gewinn erwirtschaftet

wird. Als 2004 die Wasserpreise um satte 15 Prozent erhöht wurden, erklärte der damalige PDS-Fraktionschef Stefan Liebich, dass man nicht auf die Anhebung der Preise verzichten könne – sonst müsse man die Summe aus Landesmitteln gegenfinanzieren. „Das sieht der Privatisierungsvertrag leider vor“, so Liebich. Die genauen Inhalte des Vertrages sind unbekannt. Einig sind sich, zumindest hinter vorgehaltener Hand, die meisten Experten: Berlin hat schlicht und einfach einen schlechten Deal gemacht.

Von diesem ist aber in erster Linie nicht die Landeskasse betroffen, sondern der Verbraucher. Der Senat profitiert sogar noch, von den ausgeschütteten Gewinnen fließt ein beträchtlicher Anteil in die leeren Landeskassen. Nach Meinung von Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei) sei der Vertrag, den das Land Berlin zu Zeiten der Großen Koalition mit den privaten Gesellschaftern RWE und Veolia geschlossen habe, „ein Vertrag zu Lasten Dritter, nämlich zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher“. Und in der Tat haben die Bürger in den letzten Jahren das Verhandlungsgeschick ihrer Vertreter teuer bezahlen müssen: Um mehr als ein Viertel ist der Wasserpreis seit 2003 gestiegen, Berliner Wasser ist eines der teuersten der Republik – 5,10 Euro kostet nach Berechnungen des Verbandes Berlin-

Brandenburgischer Wohnungsunternehmern der Kubikmeter Wasser, in München sind es gerade mal 3,21 Euro, in Hamburg 4,15 Euro.

Nach Überzeugung der Bürgerinitiative „Berliner Wasserlich“, die sich für eine Rekommunalisierung des Berliner Wassers einsetzt, könnte die Wasserversorgung um fast ein Drittel günstiger sein, wenn die privaten Partner ausscheiden würden. Ein mit der Grünen Liga initiiertes Volksbegehren sollte die Offenlegung der Verträge erzwingen. Diese dürfen bislang nur Mitglieder des Abgeordnetenhaus einsehen, nur unter Verschwiegenheitspflicht. Wassertisch und Grüne Liga sammelten 36.000 Unterschriften, dennoch wurde das Volksbegehren im Winter 2008 vom Senat gestoppt. „Es greift in bundesrechtliche Regelungen zum Unternehmensrecht ein, was nicht verfassungsgemäß ist“, verteidigte Innenminister Ehrhart Körting die Senatsentscheidung. Nun klagen die Initiatoren des Volksbegehrens: Am 6. Oktober wird das oberste Berliner Gericht, der Verfassungsgerichtshof, darüber entscheiden, was wichtiger ist: Die Informationsrechte der Verbraucher oder die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der privaten Eigner.

Wer profitiert vom Wasserpreis?
Antworten auf der nächsten Seite



MENSCHEN AM FLUSS

Der Spree-Biograf: Gerd Conradt

Schon merkwürdig, dass vor Gerd Conradt offenbar niemand auf die Idee gekommen ist, einen Film über die Spree und die am Fluss lebenden Menschen zu machen. „Die Spree – Sinfonie eines Flusses“ hieß das eher kontemplative Werk von 2007 des heute 68-jährigen. Ihm ging das Buch „An der Spree, der Fluss, die Menschen“ voraus. Conradt gehört zum legendären ersten Studienjahrgang der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin (dfhb) von 1966, gemeinsam mit Hartmut Blotzky, Wolfgang Petersen oder Holger Meins. Über den RAF-Terroristen drehte Conradt 2002 die viel beachtete Dokumentation „Starbuck – Holger Meins“. Ansonsten fungiert Gerd Conradt bevorzugt als Wandler zwischen den künstlerischen

Welten, mit Arbeiten wie „Farbtest – Rote Fahne“, einem Stummfilm von 1968, dessen Fortsetzung „Farbtest.3“ es 2004 bis zur Biennale nach Venedig geschafft hat. Momentan ist seine aktuelle Arbeit „Gretchen Dutschke, 1985, 2008 – eine Installation mit ihren Kindern“ in einer Ausstellung der ZKM Karlsruhe zu sehen. Conradt mischt sich zudem gerne auch ins aktuelle politische Geschehen ein, mit Protestfilmen wie „Rettet Berlin!“ oder „Monte Klamotte“ über die Bankenaffäre oder demnächst zur „Megaspree“ und dem Protest am Spreepfeiler. Zudem plant der rührige Berliner einen Flussfilm in Nordkorea, nachdem er beim Festival in Pjöngjang im vergangenen Jahr mit seinem Spree-Film vertreten war. Martin Schwarz

Wem gehört das Berliner Wasser?

Wer profitiert, wenn die Wasserwerke privatisiert sind? Die Protagonisten des Streits um die Berliner Wasserbetriebe beantworten die wichtigsten Fragen **Redaktion: Falco Müller**

Wie profitiert die Stadt Berlin von der Teilprivatisierung der Wasserbetriebe von 1999?

Harald Wolf, Wirtschaftssenator, Die Linke: Es gibt keine Vorteile, die man isoliert nennen könnte, sondern man muss insgesamt Bilanz ziehen. Zum einen hat man ein Geschäft zu Lasten Dritter gemacht: Im Zeitraum 2003 bis 2009 stiegen die Wassertarife um 31 Prozent. Das zahlen die Kunden der Wasserbetriebe. Zum anderen hat auch das Land Berlin kein gutes Geschäft gemacht. Zwar wurde durch den Verkauf der Berliner Wasserbetriebe eine Einnahme von rund 1,7 Milliarden Euro erzielt und das Land spart pro Jahr 75 bis 80 Millionen Euro an Zinsen. Die privaten Gesellschafter erwirtschaften den aber einen Gewinn von 90-130 Millionen pro Jahr. Mit anderen Worten: Die dem Land durch den Verkauf der Anteile entgangene Gewinnausschüttung ist

deutlich höher als die damit verbundene Zinsersparnis im Landeshaushalt. Wenn das Unternehmen zu 100 Prozent kommunal wäre, bestünde also ein deutlicher Preissenkungs-Spielraum, ohne dass der Landeshaushalt darunter leiden würde.

Christoph Hitz, Geschäftsführer RWE Aqua; Michel Cunnac, Geschäftsführer Veolia Wasser: In vielerlei Hinsicht: 1999 haben sich RWE und Veolia durch die Zahlung von 1,7 Milliarden Euro an der Berlinwasser Holding beteiligt. Durch diese Zahlung wurde der Berliner Haushalt deutlich entlastet. Noch heute spart das Land jedes Jahr die Zinsen für die Neverschuldung in Höhe von 60 bis 80 Millionen Euro. Die Wasserbetriebe haben sich zu einem effizienteren, auf nachhaltige Ressourcenschonung bedachten und zukunftsorientierten Ver- und Entsorgungsunternehmen entwickelt – so wurde

beispielsweise gerade erst die größte Solaranlage Berlins eröffnet.

Thomas Rudek, Berliner Wasserretsch: Wenn die Stadt Berlin profitieren würde, hätte die jetzige Landesregierung nicht die Rekommunalisierung im Koalitionsvertrag vereinbart. Da RWE und Veolia ihren Einstieg 1999 mit einem Bankkredit finanziert haben, wurde die öffentliche Verschuldung lediglich privat verlagert. Das bedeutet, die jetzt fälligen privaten Zinsen werden in die Wassertarife eingepreist und von Berlinern mit jährlich steigenden Wasserpreisen teurer bezahlt.

Was hat sich durch die Teilprivatisierung für die Stadt seit 1999 zum Negativen verändert?

Harald Wolf: All das, was ich schon bei den nicht vorhandenen Vorteilen genannt habe. **Christoph Hitz, Michel Cunnac:** Nichts – im Gegenteil: Seit wir Partner des Landes Berlin sind, haben wir viele Impulse geben können, sei es im Bereich der technischen Modernisierung und Steuerung, durch ein modernes Investitionsmanagement oder den Abbau unrentabler Beteiligungen. Zudem wurden betriebsbedingte Kündigungen durch den Vertrag des Vertrauens bei den Wasserbetrieben ausgeschlossen und 2.800 neue Arbeitsplätze geschaffen. **Thomas Rudek:** Neben dem Absenken der Investitionsquote, dem Verlust von circa 30 Quadratkilometer Trinkwasserschutzgebiet und einem massiven Personalabbau, belasten die Wasserkosten Mieter, Vermieter und Gewerbetreibende. Da die Berliner Haushalte Einkommen ohnehin im bundesweiten Schnitt im unteren Drittel liegen, schmerzt jede Steigerung der Verbrauchskosten.

Seit 2004 ist der Wasserpreis um mehr als ein Viertel gestiegen – weshalb ist das Berliner Wasser so teuer?

Harald Wolf: Es gibt Städte, in denen man für Wasser noch mehr bezahlen muss, aber das macht die Situation in Berlin nicht besser. Der Löwenanteil der Steigerung entfällt auf die mit der Teilprivatisierung verbundene Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals. Dazu kam: Die Tarife waren bis 2003 durch Gesetz und Vertrag eingefroren. Dies wurde 1999 so festgelegt, um die politische Mehrheit für die Teilprivatisierung zu bekommen. Das führte allerdings auch dazu, dass 2004 die Kostensteigerungen der Vorjahre nachgeholt werden mussten und so die



Kostet in Berlin deutlich mehr als in Hamburg oder München: Wasserschlacht

MENSCHEN AM FLUSS

Der den Kanal filmt

Timo Graff, 44 Jahre alt, hat in seinem Leben insgesamt zwei Ratten gesehen. Das ist wirklich nicht viel. Er steigt ja als Inspekteur der Wasserbetriebe ständig in die Kanäle hinunter. Aber die Ratten, sagt Graff, „die haufen ab, wenn es laut und hell wird.“ Und meist hat er eine Kamera dabei. Graffs grüne Gummistiefel reichen ihm bis in den Schritt, an seinem Gürtel hängen Kabel, auf dem Kopf hat er einen Helm und ein Headset. Über ihm, vor den Monitoren im Kasterwagen, sitzt sein Kollege und betrachtet die Bilder der Kamera.

Er sieht einen renovierten Kanal, recht frische Klinker. Keine Verwuzelung, keine Risse, keine Scherbenbildung. Es gibt hier nichts einzutragen in die Schadensliste. „Wie weit kannte se-

hen“, fragt Graff unten ins Mikro, tastet sich mit den Füßen vor. Um seine Gummistiefelspitzen fließt Regenwasser. Es kommt von der Frankfurter Allee, hat sich zwischendurch mit ein paar Toilettenspülungen gemischt, sich unter der Straße am Ostbahnhof durchgeschöngelt und wird ein paar Meter weiter in die Spree fließen, wenn der Überlaufkanal zu voll ist. Es riecht wie feuchter Keller, findet Graff. Wie immer, Graff hat vorher kurz die Luft geprüft, damit er wegen der Faulgase nicht ohnmächtig wird. Sollen einmal giftige Dämpfe aufsteigen, hat er einen Sauerstoffseltretter am Gürtel hängen, der aussieht wie eine silberne Butterbroxbox. Er musste ihn bisher nur ein einziges Mal aufsetzen.

Johannes Gernert



tarife sprunghaft anstiegen. Das macht einen Teil der Tarifierhöhungen aus.

Christoph Hilz, Michel Cunnac: Wesentliche Bestandteile des Tarifs, wie zum Beispiel das Grundwasserentnahmentgelt in Höhe von 0,31 Euro pro Kubikmeter, welches nirgends so hoch ist wie in Berlin, unterliegen der alleinigen Entscheidung des Senates. Ohne dieses Entgelt könnte der Wasserpreis sofort um mehr als 14 Prozent sinken. Ferner müssen auch immer strukturelle Unterschiede berücksichtigt werden, denn die Kosten für die Trinkwassergewinnung und Aufbereitung sind regional unterschiedlich. Trotz stark gesunkener Verbrauchsmengen in den letzten Jahren sind die Kosten eines durchschnittlichen Berliner Haushalts für die Wasserver- und -entsorgung seit 1999, also über zehn Jahre, stabil geblieben.

Thomas Rudek, Berliner Wassertisch: In dem unbefristeten geheimen Konsortialvertrag und seinen Änderungsvereinbarungen sind den Privaten Gewinnansprüche garantiert, die notfalls sogar aus dem Berliner Haushalt gezahlt werden müssen. Um diese Gewinnansprüche zu erzielen, setzt der Wirtschaftsenaat per Rechtsverordnung die Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals hoch an. Erschwerend kommt hinzu, dass sich zahlreiche Betriebe durch private Brunnen aus der solidarischen Wasserversorgung zurückgezogen haben, so dass die Kosten auf weniger Verbraucher umgelegt werden. Stärker wiegt jedoch die Änderung der Abschreibungsmethode von Anschaffungs- auf Wiederbeschaffungswerte. Dadurch werden den Berlinern jährlich 40 Millionen Euro mehr abgenommen als an Kosten entstanden sind.

Kritiker bemängeln die vermeintlich feste Rendite für die privaten Partner. Welche Rolle spielt sie für die Höhe der Wasserpreise?

Harald Wolf: Es gibt keine feste Rendite, sondern eine garantierte Verzinsung auf das betriebsnotwendige Kapital. Diese hohe Verzinsung geht in die Tarifikalkulation ein und erhöht die Wasserpreise.

Christoph Hilz, Michel Cunnac: Dieses Argument ist häufig zu hören, es ist aber falsch. „Garantierte“ Gewinne oder Renditen gibt es nicht. Es ist sogar denkbar, dass wir leer ausgehen: So haben die Wasserbetriebe beispielsweise in den ersten drei Jahren Verluste erzielt und dementsprechend uns privaten Partnern keinen Gewinn gebracht. Theoretisch ist nicht auszuschließen, dass das im Falle eines Verlustgeschäftes der Wasserbetriebe wieder passiert. Allerdings hat das Land Berlin selbst kein Interesse daran, dass die Wasserbetriebe Verluste machen.

Thomas Rudek: Eine entscheidende Rolle Selbst Jörg Simon (ehemaliger Chef der BWW) leugnet nicht, dass sich die Gewinngarantie in der Höhe der Wasserpreise widerspiegelt. Auszüge aus dem Vertrag sind einem Journalisten zugespielt worden und stehen im Netz unter <http://berliner-wasser.blogspot.com>.

Vor etwa einem Jahr wurde in Senatskreisen laut darüber nachgedacht, die Wasserbetriebe zu rekommunalisieren – was spricht aus ihrer Sicht dagegen oder dafür?

Harald Wolf: Bereits in der Koalitionsvereinbarung von 2006 hat sich die Koalition das Ziel Rekommunalisierung gesteckt. Nach dem Konsortialvertrag ist aber der frühestmögliche Kündigungszeitpunkt der 31.12.2028. So lange von Seiten der privaten Gesellschafter keine Bereitschaft

zur Veräußerung ihrer Anteile besteht, gibt es wenig Handlungsspielraum.

Christoph Hilz, Michel Cunnac: Warum rekommunalisieren, wenn der Mehrwert für das Land so groß ist? Nochmal: Das Land Berlin bekommt heute durch das Engagement der privaten Partner erheblich mehr Geld als dies vor der Teilprivatisierung der Fall war. Dabei gehört das Wasser nach wie vor zu 100 Prozent dem Land Berlin. Durch die Teilprivatisierung ist das Unternehmen entschieden werthaltiger geworden: Ressourcenschonung ist Hauptbestandteil des täglichen Geschäftes. Berlin profitiert durch den Vertrag des Vertrauens von der Arbeitsplatzsicherheit bei den Wasserbetrieben. Die Veolia Stiftung unterstützt eine Vielzahl von sozialen Einrichtungen in der Stadt. In der Ausbildung sind die Wasserbetriebe führend – all dies entfiel ohne unser Engagement.

Thomas Rudek, Berliner Wassertisch: Im Koalitionsvertrag ist die Rekommunalisierung als politisches Ziel formuliert. Geschehen ist faktisch nichts. Dabei haben wir als Bürgerinitiative mehrere Lösungswege aufgezeigt, angefangen vom Volksbegehrensgesetz zur Offenlegung von juristisch zweifelhaften Verträge bis zu einer unabhängigen Kontrolle bei der Festsetzung der Wasserpreise durch das Kartellamt, wie das in Hessen geschehen ist. Statt unser Gesetz zu unterstützen, lehnt es der Senat ab, weil es gegen die Betriebsgeheimnisse eines Monopolversorgers verstoße. Am 6. Oktober entscheide das Verfassungsgericht, ob unser Volksbegehren zur Offenlegung der Verträge zugelassen wird. Wir sind zuversichtlich!

Mehr Links zum Thema auf www.zitty.de